

704533-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen – Vergabe von Planungsleistungen - Verkehrsanlagen Feuerwehrgerätehaus
OJ S 225/2024 19/11/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bad Münstereifel

E-Mail: zvs@bad-muenstereifel.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabe von Planungsleistungen - Verkehrsanlagen Feuerwehrgerätehaus

Beschreibung: Im Zuge der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe von Juli 2021 sind größere Gebäude- und Infrastrukturschäden am Standort des Feuerwehrgerätehauses (FWGH) an der Kölner Straße 8 in Bad Münstereifel entstanden. Im Gesamtgebiet der Feuerwehr befinden sich zwei Parkplatzflächen: ein kleiner Parkplatz nördlich und ein großer Parkplatz südlich des Feuerwehrgerätehauses. Beide wurden durch die enormen Wassermassen stark beschädigt und sollen ertüchtigt werden. Ebenso die drei Zuwegungen über drei Brückenbauwerke. Neben den bereits thematisierten Parkplätzen befinden sich auf der gegenüberliegenden Erftseite zwei weitere Parkplätze, welche räumlich direkt an das Areal der zu beplanende Fläche anschließen. Aus diesem Grund sollen diese beiden Parkplätze in dem Konzept mitbetrachtet werden. Aufgrund der Komplexität der Gesamtmaßnahme soll im Zusammenhang mit der Objektplanung Verkehrsanlagen im Vorfeld ein Gesamtverkehrskonzept zur Erschließung der Fläche erstellt werden. Hierbei ist folgende Planungsleistung notwendig: - Objektplanung Verkehrsanlagen nach HOAI

Kennung des Verfahrens: 4e7159c1-2281-4f44-8a90-b1ce7906f1fb

Interne Kennung: 2024-VgV-M31-5-013

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kölnerstraße 8

Stadt: Bad Münstereifel

Postleitzahl: 53902

Land, Gliederung (NUTS): Euskirchen (DEA28)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 100 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXQ1YDMYP79

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Korruption: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Betrugsbekämpfung: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Zahlungsunfähigkeit: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Entrichtung von Steuern: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB]

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Vergabe von Planungsleistungen - Verkehrsanlagen Feuerwehrgerätehaus

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung sind Grund- und Besondere Leistungen des Leistungsbilds Objektplanung Verkehrsanlagen nach § 47 Abs. 1 und Abs. 3 iVm Anlage 13.1 HOAI 2021 (LPH 1-9 + Besondere Leistungen gemäß der Anlage 12 der HOAI LPH 8) sowie ein übergeordnetes Verkehrskonzept gem. Leistungsbeschreibung. Die Leistungen werden stufenweise sowie teilweise optional vergeben. Einzelheiten sind der Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

Interne Kennung: 2024-VgV-M31-5-013

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Beauftragung erfolgt stufenweise: Stufe 1: Übergeordnetes Erschließungs- und Verkehrskonzept Objektplanung Verkehrsanlagen LPH 1-3 (für die drei Brücken und die drei Parkplätze) Stufe 2: Objektplanung Verkehrsanlagen LPH 4-8, örtliche Bauüberwachung (für die drei Brücken und die drei Parkplätze) Stufe 3: Objektplanung Verkehrsanlagen LPH 9 (für die drei Brücken und die drei Parkplätze)

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kölnerstraße 8

Stadt: Bad Münstereifel

Postleitzahl: 53902

Land, Gliederung (NUTS): Euskirchen (DEA28)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 12 Monate

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Die vorbenannten Laufzeiten sind aufgrund der technischen Eingabemöglichkeiten nicht korrekt wiedergegeben. Es ist vorab ein Gesamtverkehrskonzept zu leisten. Hieran anschließend die LPH nach HOAI. Die Laufzeit kann daher noch nicht fixiert werden. Es erfolgt jedoch nach dem Gesamtverkehrskonzept eine stufenweise Beauftragung der LPH 1-3, LPH 4-8 sowie LPH 9.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:selbst# Es handelt sich bei diesem Projekt um eine durch das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland geförderte Maßnahme zur Beseitigung von Schäden an öffentlicher und privater Infrastruktur sowie zum Wiederaufbau anlässlich der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 (Förderrichtlinie (FRL) Wiederaufbau Nordrhein-Westfalen) vom 10. September 2021. Der unter Punkt "Umfang der Auftragsvergabe" benannte Auftragswert stellt nur die addierten (mehrere Planungsobjekte) anrechenbaren Kosten nach HOAI dar. Eine Aufschlüsselung erfolgt in den Vergabeunterlagen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Allgemeine Angaben

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für die Abgabe der Unterlagen werden vom Auftraggeber zum Teil Musterformulare bereitgestellt, die zwingend zu verwenden sind. Sofern Unterlagen gefordert werden sollten, für deren Vorlage keine Musterformulare bereitgestellt werden, sind die Erklärungen vom Bewerber selbst anzufertigen. Sofern nichts anderes ausgewiesen ist, ist die Beibringung als Eigenerklärung ausreichend. Mehrere Bewerber können sich grundsätzlich zu einer Bewerbergemeinschaft zusammenschließen. In diesem Fall muss die Bewerbergemeinschaft mit ihrem Teilnahmeantrag eine Bewerbergemeinschaftserklärung (§ 43VgV) einreichen. Wird eine Bewerbergemeinschaft gebildet, müssen alle Mitglieder der Gemeinschaft die geforderten Unterlagen einzeln beibringen, sofern nichts anderes ausgewiesen ist. Im Hinblick auf die Eignung gilt Folgendes: Unternehmen, die in der Präqualifizierungsdatenbank AVPQ (Amtliches Verzeichnis Präqualifizierter Unternehmen) (<https://amtlichesverzeichnis.ihk.de/>) bzw. einer anderen für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei Abgabe eines Teilnahmeantrags durch Angabe der Registrierungsnummer angeben. Sofern vom Auftraggeber mit dem Teilnahmeantrag Nachweise gefordert werden, die nicht in der v. g. Datenbank enthalten sind, sind diese ergänzend einzureichen. Als vorläufiger Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung kann mit dem Teilnahmeantrag eine Einheitlich Europäische Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden. Eignungsleihe: Ein Bewerber kann sich (auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft) zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindung. Hierzu ist mit dem Teilnahmeantrag beizubringen: - Erklärung Unteraufträge /Eignungsleihe Ein Bewerber kann für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Hierzu ist mit dem Teilnahmeantrag z.B. beizubringen: - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer/Eignungsleiher. Der öffentliche Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Nimmt der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften. Zur Abgabe der Erklärungen sind die Deckblätter/Musterformulare des AG zu verwenden. Sofern vom Bewerber/ der Bewerbergemeinschaft ergänzende Unterlagen/Belege beizubringen sind, so sind diese im Anschluss an das jeweilige einschlägige Deckblatt dem Teilnahmeantrag beizufügen. Sofern Musterformulare nicht von allen Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft beizubringen sind, wird hierauf ausdrücklich hingewiesen. Die vorstehenden Ausführungen gelten auch für die nachfolgenden Eignungskriterien und Ausschreibungsbedingungen. Einsatz von Nachunternehmer: Sofern der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft beabsichtigt, Nachunternehmer zur Auftragsdurchführung einzusetzen, hat der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft anzugeben, welche Teile des Auftrags er/sie als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt (Nachunternehmererklärung). Der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft, haben (wenn dieser bei Abgabe des Teilnahmeantrags noch nicht bekannt ist) auf gesondertes Anfordern durch den Auftraggeber die Nachunternehmer namentlich zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen der jeweilig benannte Nachunternehmer für die Auftragsdurchführung zur Verfügung stehen wird. Dieser Nachweis ist z.B. durch Vorlage einer entsprechenden Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers zu führen. Der Auftraggeber überprüft, ob Gründe für den Ausschluss des Nachunternehmers vorliegen. Im Rahmen der Eignungsprüfung des vorgesehenen Nachunternehmers sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers folgende Nachweise beizubringen: - Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (sofern einschlägig), - Nachweis Befähigung zur Berufsausübung gem. § 75 Abs. 1 oder 3 VgV - Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB - Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S.d. § 125 GWB (abzugeben, sofern einschlägig) - Eigenerklärung entsprechend dem BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 über die Einhaltung der Sanktionen gegen die Russische Föderation (sog. "Russlanderklärung") - Berufshaftpflichtversicherung mit den geltenden Spezifikationen (siehe nachfolgend) - Eigenerklärung zum Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre - Angabe zu geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge. Die Anforderungen an die Vergleichbarkeit der Referenzen ergibt sich aus den Anforderungen der Ausschreibung. Die an die Eignung gestellten Mindestanforderungen gelten für die Nachunternehmer, die für die jeweiligen Teile des Auftrags vorgesehen sind, nicht. Der Auftraggeber wird für denjenigen Bewerber, der für den Zuschlag in Betracht gezogen wird, gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 2 des Wettbewerbsregistergesetzes (WRegG) eine Anfrage bei der Registerbehörde stellen.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bei Bietergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abzugeben

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S.d. § 125 GWB

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Einzureichen, soweit einschlägig. Bei Bietergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abzugeben.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bei Bietergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abzugeben.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Nachweis der Befähigung zur Berufsausübung § 75 Abs. 1 oder 2 VgV

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erforderlich ist die Qualifikation des Auftragnehmers gem. § 75 Abs. 1-3 VgV. Nachweisform: Eigenerklärung des Bieters/Bietergemeinschaft.

Nachweiszeitpunkt: Mit Abgabe des Angebotes. Im Falle einer Bietergemeinschaft ist die Unterlage von der Bietergemeinschaft als solcher einzureichen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Mindestanforderung an die Eignung: Berufshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erforderlich ist, dass der Bewerber einen

Berufshaftpflichtversicherung mit folgenden Spezifikationen nachweist: -mindestens 5 Mio

EUR je Verstoß für Personenschäden - mindestens 3 Mio EUR je Verstoß für sonstige

Schäden. Weitere Anforderung: Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssummen betragen.

Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist eine

Eigenerklärung des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft ausreichend, wonach im

Auftragsfall ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne erfolgen kann (§ 45 Abs. 4 Nr. 2

VgV) und unverzüglich zu erfolgen hat. Nachweisform: Eigenerklärung Nachweiszeitpunkt: Mit Abgabe des Teilnahmeantrags.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Mindestanforderung an die Eignung: Angabe technische Fachkräfte

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber/Bewerbergemeinschaft hat die Anzahl der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, anzugeben. Es sind mindestens 2 technische Fachkräfte anzugeben (Mindestanforderung an die Eignung). Nachweisform: Eigenerklärung des Bewerbers/Bewerbergemeinschaft Nachweiszeitpunkt: Mit Abgabe des Teilnahmeantrags.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Mindestanforderung an die Eignung sowie Auswahlkriterium nach § 51 VgV -

Geeignete Referenzen des Bieters/der Bietergemeinschaft (betreffend Planungsleistungen mit vergleichbaren Anforderungen (Mindestanforderung an die Eignung sowie Auswahlkriterium nach § 51 VgV)

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit der Leistungsbeschreibung Vergleichbare

Referenzprojekte der letzten 5 Jahre. Ausgangspunkt für die Berechnung des entsprechenden

Jahres-Korridors ist der Tag des Ablaufs der Abgabefrist der Angebote. Maßgeblich ist, dass

bei der Referenz der Abschluss der beauftragten Leistungen in diesen Zeitkorridor fällt. Ob der

Beginn der Leistung in den Zeitkorridor fällt, ist hingegen nicht ausschlaggebend. Taugliche

Referenzleistungen sind grds. nur solche Leistungen, die nicht nur beauftragt, sondern auch

bereits erbracht wurden. Als erbracht gilt eine Referenz, wenn die Leistung am Tag des

Ablaufs der Angebotsfrist abgeschlossen ist. Noch nicht abgeschlossene Leistungen sind

daher grds. keine tauglichen Referenzen. Als Mindestanforderung an die Eignung gilt, dass mind. 2 wertbare Referenzen vorgelegt werden müssen. Wird keine wertbare Referenz vorgelegt, erfolgt der Ausschluss aus dem Verfahren. Der Bieter/die Bietergemeinschaft ist bezüglich der Anzahl der beigebrachten Referenzen nicht beschränkt. Anforderungen gelten wie folgt: Mindestens 2 vergleichbare Referenzen, die folgende Anforderungen erfüllen: Objektplanung Verkehrsanlagen mit wesentlichen Grundleistungen der Leistungsphasen 2-8 der Verkehrsanlagenplanung nach HOAI (§ 47 HOAI iVm Anlage 13.1 HOAI)
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 70,00

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Jährlicher Gesamtumsatz netto (Mindestanforderung an die Eignung sowie Auswahlkriterium nach § 51 VgV)

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Jährlicher Gesamtumsatz der Bewerberin/der Bewerberinnengemeinschaft in den letzten 3 Geschäftsjahren von mind. 250.000 EUR (netto) je Geschäftsjahr (Mindestanforderung). Der Umsatz der Mitglieder einer Bewerberinnengemeinschaft wird addiert; bzgl. der Mindestanforderung kommt es auf die Umsätze der Bewerbergemeinschaft insgesamt an. Nachweisform: Eigenerklärung des Bewerbers/Mitglied einer Bewerbergemeinschaft. Nachweiszeitpunkt: Mit Abgabe des Teilnahmeantrags

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 30,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorar Planer

Beschreibung: Einzelheiten ergeben sich aus der Bewertungsmatrix sowie der Informationsunterlage. Gewichtung (Prozentanteil, genau): 40

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Persönliche Referenzen der vorgesehenen Person des verantwortlichen Planers

Beschreibung: Einzelheiten ergeben sich aus der Bewertungsmatrix sowie der Informationsunterlage. Gewichtung (Prozentanteil, genau): 60

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vergaben-wirtschaftsregion-aachen.de/VMPsatellite/notice/CXQ1YDMYP79/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vergaben-wirtschaftsregion-aachen.de/VMPSatellite/notice/CXQ1YDMYP79>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 16/12/2024 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen wird im Rahmen des § 56 Abs. 2 und Abs. 3 VgV durchgeführt werden.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Es gilt das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - TVgG NRW.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu

wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Bad Münstereifel
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bad Münstereifel
Registrierungsnummer: 053660004004-31001-12
Postanschrift: Marktstr. 11-15
Stadt: Bad Münstereifel
Postleitzahl: 53902
Land, Gliederung (NUTS): Euskirchen (DEA28)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle
E-Mail: zvs@bad-muenstereifel.de
Telefon: +49 2253 505 177

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln
Registrierungsnummer: 05315-03002-81
Postanschrift: Zeughausstraße 2-10
Stadt: Köln
Postleitzahl: 50667
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)
Land: Deutschland
E-Mail: poststelle@bezreg-koeln.nrw.de
Telefon: +49 221147-3045
Fax: +49 221147-2889

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d6779aaf-510e-4e07-bf50-004a74294538 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 15/11/2024 16:40:00 (UTC+01:00)
Mittleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 704533-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 225/2024
Datum der Veröffentlichung: 19/11/2024